Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
STEFANIE KNÖRCK

Februar 2007

www.kas.de/usa
www.kas.de

Die Verbindung von Sicherheit und Entwicklung beim „State Building": Neueste Lektionen aus Afghanistan

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion des Woordow Wilson Center diskutierten verschiedene Experten die Entwicklungen der letzten Jahre in Afghanistan. Dabei standen die Sicherheitslage sowie die Zusammenarbeit zwischen Militär und zivilen Akteuren im Mittelpunkt.

Inhalte der Verfassung seien zum Teil schon umgesetzt worden auch wenn bisher die gesetzliche Basis fehle. Die Verfassung sei schließlich noch nicht angenommen worden. Als Beispiel hierfür nannte er die die European Space Agency. Diese habe noch keine gesetzliche Grundlage in den Verträgen, sei aber im Budget der Kommission bereits berücksichtigt. Heaton-Harris warnte in Richtung der USA, dass man bezüglich der Verfassung sehr besorgt sein müsse, bedeute ihre Umsetzung doch die weitere Übertragung von Macht von den einzelnen Mitgliedstaaten zur EU. Außerdem werde sich die EU mit der Verfassung Rechtspersönlichkeit verleihen. Hier müsse man sehr gut über die Folgen nachdenken. So dürfe Europa im UN-Sicherheitsrat dann nur noch mit einem gemeinsamen Sitz vertreten sein, des weiteren sei eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unabdingbar. Heaton-Harris zweifelte jedoch, ob dies überhaupt möglich sei. Es gebe zwischen den Mitgliedstaaten fundamentale Unterschiede in Kultur und Geschichte, welche auch Auswirkungen auf die jeweilige Außenpolitik hätten. Vor diesem Hintergrund sei eine gemeinsame Außenpolitik quasi unerreichbar. Des weiteren stellte er die Frage, ob eine ‚gemeinsame Stimme' je dazu in der Lage sei, die USA zu unterstützen.

Syed Kamall, MEP, betrachtete das Thema von der wirtschaftlichen Seite. Generell sei festzuhalten, dass sich Regierungen viel zu häufig in die Wirtschaft einmischen würden. Die Konservative Partei Großbritanniens trete für offeneren und freieren Handel ein, dies sei jedoch ein Thema, dass auf EU-Ebene entschieden würde. Daher habe man nur noch bedingten Einfluss. Man könne immer nur so weit gehen, wie das am stärksten protektionistische Land zu gehen bereit sei.

Ein großes Problem sieht Kamall in der widersprüchlichen Politik in Europa. Auf der einen Seite habe man sich mit der Lissabon-Strategie das Ziel gesetzt, bis 2010 den wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu schaffen und auf der anderen Seite werde immer noch ein Großteil des Budgets für Subventionen im Agrarbereich ausgegeben. Dies sei eine Politik, die zur Zeit ihrer Einführung in den 50ern sinnvoll gewesen wäre, heute aber völlig überholt sei. Dies passe nicht zusammen, man bräuche dringend Veränderungen. Zu dieser Erkenntnis sei man in Europa aber wohl noch nicht gekommen.

Auch auf internationaler Ebene, bei den Verhandlungen der WTO, drehe sich immer noch alles um Landwirtschaft, auch wenn der Dienstleistungssektor mittlerweile den Großteil der Wirtschaftsleistung ausmache. Diesem müsste mehr Beachtung geschenkt werden. Des weiteren müsse man die Regierungen der Entwicklungsländer davon überzeugen, ihre Märkte zu liberalisieren. So könne man der armen Bevölkerung hel-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
STEFANIE KNÖRCK

Februar 2007

www.kas.de/usa
www.kas.de

fen, denn diese zahle stets den Preis für Protektionismus.

Anschließend sprach Roger Helmer, MEP, über Sicherheitspolitik in Europa. Hierbei ging er besonders auf die Rolle der NATO für Europa ein. Diese sei seit Ende des zweiten Weltkriegs die fundamentale Garantie für Sicherheit in Europa gewesen. Die NATO habe den Frieden in Europa gesichert und niemand anders. Nachdem die NATO den Kommunismus bezwungen habe, hätte man vor der Frage gestanden, welche Aufgabe die NATO in Zukunft übernehmen solle. In diesem Vakuum seien die europäischen Verteidigungsinitiativen aufgekommen.

Doch diese Initiativen hätten zum Teil sehr fragwürdige Hintergründe gehabt. So habe Tony Blairs Initiative 1998 lediglich dazu dienen sollen, seine Bindung zu Europa zu demonstrieren, da man in anderen Politikbereichen – wie z.B. der Diskussion über die Einführung des Euro in Großbritannien – gerade Schwierigkeiten gehabt habe. Laut Helmer gibt es in Teilen Europas starke negative Gefühle gegenüber den USA. Außerdem scheine es ein starkes Konkurrenzverhalten zu geben. So habe man den Euro als Konkurrenz zum Dollar eingeführt. Nun wolle man zeigen, dass man dazu in der Lage sei, ein Militär aufzubauen, das ebenso stark ist wie das der USA. Das Problem hierbei sei allerdings, dass man lediglich darüber diskutiere, Papiere schreibe und neue Bürokratien schaffe. Sobald es darum ginge, Waffen oder Panzer zu kaufen, schrecke man zurück, denn dies würde ja bedeuten, Geld auszugeben. Dies sei ein fundamentales Problem der EU. Man diskutiere zwar gerne über Pläne, sei aber nicht bereit, Mittel für deren Umsetzung zur Verfügung zu stellen. So stünden dieselben Truppen, die früher ausschließlich der NATO zur Verfügung standen, heute auch der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung. Dies bringe die Soldaten in eine schwierige Situation, da sie sich plötzlich zwei Arbeitgebern gegenüber loyal verhalten müssten.

Helmer wies außerdem auf die besonderen Bindungen Großbritanniens zu den englischsprachigen Ländern weltweit hin. Diese seien aufgrund der gemeinsamen Geschichte deutlich stärker als die Bindungen zu Europa. An die USA gewandt sagte er, dass man die Folgen bedenken müsse, würde man Europa in Zukunft als Ganzes behandeln. Es sei nicht gewährleistet, dass dieses Europa immer auf der Seite der USA stehe. Verhandele man dagegen mit den einzelnen Ländern, werde man immer einige sehr gute Freunde finden. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass ein Austritt Großbritanniens aus der EU für die Konservative Partei durchaus eine Möglichkeit darstellt. Helmer machte deutlich, dass die derzeitige EU nicht seinen Wunschvorstellungen entspricht. Er stelle sich eine freiwillige intergouvernementale Kooperation vor, bei der der Freihandel im Vordergrund stehe. Des weiteren konstatierte er, dass ein Austritt Großbritanniens ein schwerer Schlag für die EU wäre, es aber trotzdem Personen gebe, die der Ansicht seien, dass ein Austritt für die EU kein großer Verlust sei. Kamall forderte, dass in Großbritannien stärker über die Finalität der EU diskutiert werden müsse. In Brüssel würde man sich über die Möglichkeit der ‚Vereinigten Staaten von Europa' Gedanken machen, diese Debatte brauche man auch in Großbritannien. Über den Verbleib in der EU müssten die Bürger entscheiden.

Heaton-Harris ist der Ansicht, dass Großbritannien in Brüssel für seine Vorstellungen von Europa kämpfen muss. Wenn man dieses Europa nicht erreichen könne, müsse man über die Möglichkeit des Austritts nachdenken.